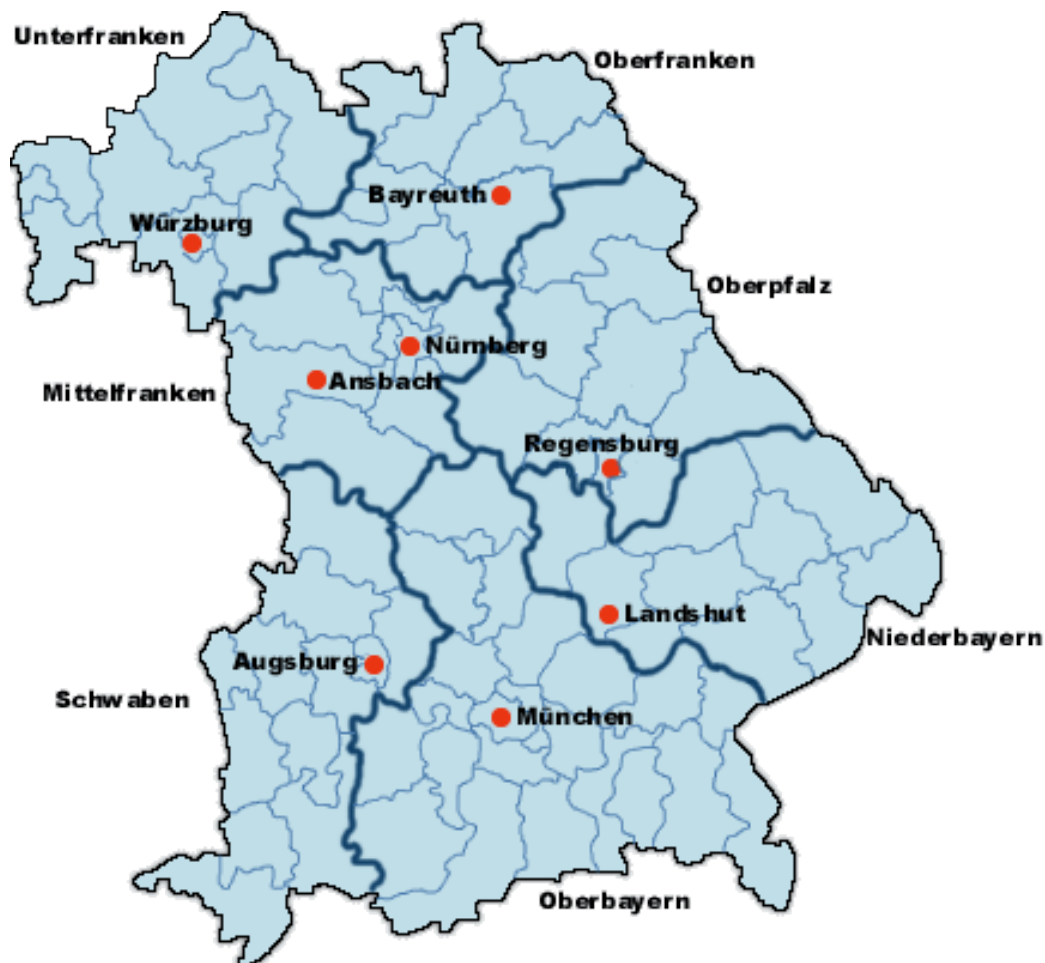


DIE WAHL ZUM 17. BAYERISCHEN LANDTAG AM 15. SEPTEMBER 2013

EIN WAHLVORBERICHT VON HORST KAHRS

INHALTSVERZEICHNIS

1. Besonderheiten des bayerischen Wahlsystems	3
2. Das Vorwahlergebnis	3
2.1. Verankerung der Parteien in der Wahlbevölkerung	4
2.2. Die parlamentarische Machtverteilung und ihre Legitimationsbasis	7
2.3. Mandate (und Ämter)	8
3. Zur politischen Ausgangslage und zum Wahlkampf	9
4. Die Meinungsbildung im Spiegel der Umfragen	9
4.1. Die "Sonntagsfrage"	9
4.2. Themen und Probleme	10
4.3. Regierung und Regierungswechsel	10



ZU DEN «WAHLBERICHTEN»

Die «Wahlnachtberichte» sind ein Projekt, das von Benjamin-Immanuel Hoff begonnen, gemeinsam mit Horst Kahrs weiterentwickelt und mittlerweile mit wechselnder Autorenschaft unter Federführung von Horst Kahrs als Teil der nationalen und internationalen Wahlberichterstattung der Rosa-Luxemburg-Stiftung fortgeführt wird. Die «Wahlnachtberichte» erscheinen seit der Europawahl 2004 jeweils zu den Europa-, Bundestags- und Landtagswahlen. Inzwischen erscheinen zuweilen auch ein «Wahlvorbericht» und die ein oder andere «Wahlnachlese».

Die «Wahlnachtberichte» erscheinen nicht im Auftrag einer Partei oder Organisation. Die Autoren geben ausschließlich ihre persönlichen Eindrücke und Bewertungen wieder. Für Veranstaltungen und Diskussionen stehen sie zur Verfügung, gegen die Weiterverbreitung und Nutzung mit Quellenangabe bestehen keine Einwände.

Die «Wahlnachtberichte» und linke Wahlanalysen im Netz:

<http://rosalux.de/wahlanalysen>

Mit der Möglichkeit zur Kommentierung und Ergänzung in den Blogs:

<http://www.horstkahrs.de>

<http://wahlanalysen.wordpress.com>

Zum Autor:

Horst Kahrs ist Sozialwissenschaftler und Publizist, lebt in Berlin und arbeitet seit 2012 am Institut für Gesellschaftsanalyse der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Berlin mit den Arbeitsschwerpunkten Wahlforschung, Sozialstruktur- und Klassenanalyse.

1. BESONDERHEITEN DES BAYERISCHEN WAHLSYSTEMS

Das Wahlgebiet ist in sieben Wahlkreise eingeteilt, die den sieben Regierungsbezirken entsprechen. Die Wahlkreise haben eine sehr unterschiedliche Größe. Für jeden Wahlkreis haben die Parteien eine eigenständige Kandidat_innen-Liste aufzustellen.

Tab. 1: Verteilung der Sitze auf die Wahlkreise

	2013	2008
Oberbayern	60	58
Niederbayern	18	18
Oberpfalz	16	16
Oberfranken	16	17
Mittelfranken	24	25
Unterfranken	20	20
Schwaben	26	26
Gesamt	180	180

Jeder Wahlkreis wählt eine festgelegte Anzahl von Abgeordneten für den Landtag des Freistaates.

Die Wahlkreise sind unterteilt in Stimmkreise. Jeder Stimmkreis umfasst rund 125.000 Einwohner.

Der Bayerische Landtag umfasst 180 Abgeordnete (ohne mögliche Überhang- und Ausgleichsmandate). Davon werden 90 Abgeordnete als Vertreter eines Stimmbezirks («Stimmkreisabgeordnete») gewählt und weitere 90 über die Wahlkreislisten der Parteien («Wahlkreisabgeordnete»).

Jeder und jede Wahlberechtigte hat dementsprechend zwei Stimmen. Mit der «Erststimme» wird die/der Abgeordnete eines Stimmkreises direkt gewählt. Mit der «Zweitstimme» wird eine Person auf der Wahlkreis-Liste der Partei gewählt. Ein Kreuz bei einer Partei ist nicht vorgesehen. Auch diese zweite Stimme ist stark personengebunden. Wer eine bestimmte Partei wählen will, kann dies nur über die Wahl einer Person dieser Partei. Es besteht dadurch die Möglichkeit, die von den Parteien angebotene Reihenfolge der Kandidat_innen zu verändern.

Für die Sitzverteilung im Landtag werden beide Stimmen zusammengezählt und nach dem Grundsatz der Verhältniswahl mit dem Hare-Niemeyer-Verfahren in Mandate umgerechnet. Anders als bei der Bundestagswahl kommt es bei der Sitzverteilung nicht allein auf die «Zweitstimme» an, sondern auf die Summe beider Stimmen. Die Gesamtsitze, die eine Partei erreicht, werden nach der regionalen Zusammensetzung ihrer Stimmen auf die sieben Wahlkreise verteilt.¹

Der Ausgleich einer den Stimmenanteil übersteigenden Zahl von Direktmandaten erfolgt auf der Ebene der Wahlkreise.

2. DAS VORWAHLERGEBNIS

Die Landtagswahl am 28.9.2008 brachte für die allein regierende CSU eine krachende Niederlage. Sie verlor mindestens 800.000 Wähler_innen, über 1,6 Millionen Stimmen oder mehr als ein Viertel der Stimmen von 2003. Ihr Anteil an den gültigen Stimmen sank erstmals seit 1966 unter 50%. Die Verluste gegenüber der Vorwahl 2003 betragen 17,3 Prozentpunkte. Auch wenn das Wahlergebnis 2003 mit 60,7% als Ausnahme gelten kann – der gescheiterte Kanzlerkandidat Edmund Stoiber wurde demonstrativ als Ministerpräsident bestätigt – war die Niederlage in mehrfacher Hinsicht empfindlich:

- Obwohl 2003 mit 60,7% das zweitbeste CSU-Ergebnis aller Landtagswahlen (Ausnahme: 1974 mit 62,1%) erzielt wurde, wurde es bereits mit rund 200.000 Stimmen weniger erzielt als die 52,9% von 1998. Der gestiegene Stimmenanteil verdankte sich der um 12 Prozentpunkte auf 57,1% gesunkenen Wahlbeteiligung, worunter vor allem die SPD zu leiden hatte. Ihr Stimmenanteil sank von 28% auf knapp unter 20%, woran sich 2008 kaum etwas änderte.
- Die Stimmenverluste 2008 gingen nicht auf eine weiter sinkende Wahlbeteiligung einher. Sie waren gerade deshalb so empfindlich, weil enttäuschte CSU-Wähler nicht zu Hause blieben, sondern eine Alternative fanden, in Gestalt der »Freien Wähler« (FW) und auch der FDP. Es handelte sich um eine tiefgehende Erosion der Basis der »ewigen Staatspartei«, und dies vor allem in den größeren Städten.
- Zu dem Verlust von Mandaten kam der Verlust der absoluten Mehrheit und der alleinigen Regierungsmacht. Erstmals seit Anfang der 1960er Jahre brauchte die CSU einen Koalitionspartner, um den Ministerpräsidenten stellen zu können. Die CSU entschied sich für eine Koalition mit der FDP, um nicht die

¹ Die Besonderheit des Wahlsystems bringt es mit sich, dass es keine exakte Übereinstimmung zwischen der Stimmenzahl für eine Partei und der Zahl der Wähler_innen gibt. Denn die Stimmkreis-Stimme kann auf einen Kandidaten einer anderen Partei entfallen als die Wahlkreisstimme. Allerdings macht der Anteil der Erststimmen an den Gesamtstimmen bei allen Parteien mit Ausnahme einiger ganz kleiner Parteien immer zwischen 48% und 52% aus, so dass eine hohe Übereinstimmung unterstellt werden kann. Allerdings sind alle entsprechenden prozentualen Angaben (Stimmen im Verhältnis zur Zahl der Wahlberechtigten) unter diesem Vorbehalt zu lesen und zu bewerten.

Abtrünnigen aus den eigenen Reihen, die FW politisch aufzuwerten.

Die Landtagswahl 2008 brachte der CSU nicht nur absolute und relative Stimmenverluste, weniger Mandate und Machteinbußen. Sie zerstörte auch den Nimbus der »Unbesiegbarkeit«. Erstmals seit den 1950er Jahren stellte sich die Frage, ob sich die CSU-Wählerbasis nicht auf verschiedene Parteien im gleichen Lager verteilen könnte und ob nicht einem CSU-Ministerpräsidentenkandidaten ein ernsthafter Konkurrent erwachsen könnte.

Mit dem Münchner Oberbürgermeister Christian Ude schien die SPD einen solchen Kandidaten gefunden zu haben. Gleichzeitig zeigten Umfragen, dass die Grünen erstmals, ähnlich wie zuvor in Baden-Württemberg, in nennenswertem Umfang Zustimmung aus CSU-Milieus erhalten könnte.

2.1. Verankerung der Parteien in der Wahlbevölkerung

Die Beteiligung an Wahlen ist ein Indikator für die Bereitschaft der Wahlberechtigten, sich an Entscheidungen über die gemeinsamen, öffentlichen Angelegenheiten, die Verteilung der politischen Macht und über politische Richtungen zu beteiligen. Für die Verteilung der politischen Macht ist die Höhe der Wahlbeteiligung ohne besondere Bedeutung. Auch bei einer Beteiligung von 25% werden die Mandate nach den abgegebenen gültigen Stimmen vergeben. Indes ist die Wahlbeteiligung hinsichtlich der Bedeutung, die die Wahlberechtigten der Demokratie als politischer Form und dem politischen System als Handlungsfeld für ihr Leben zu billigen, ein bedeutsamer Indikator, insbesondere auch für die Rolle der Parteien. Es macht daher Sinn, die Stimmenzahl nicht nur an den gültigen Stimmen, sondern an allen möglichen Stimmen, der Zahl der Wahlberechtigten zu messen und die Ergebnisse als Hinweise auf die soziale Verankerung von Parteien im Alltag und auf die aktive Unterstützungsbasis, auf die »aktive Legitimation« einer Partei zu werten. Wahlenthaltung wäre in diesem Sinne als »passive Legitimation« zu betrachten.

Auch in Bayern ticken die Uhren nicht viel anders als im Rest der Republik. Die Beteiligung an Wahlen, gerade auch an den Landtagswahlen im Freistaat, sinkt seit Mitte der 1980er Jahre erkennbar in zwei Etappen, zunächst bis Mitte der 1990er Jahre auf rund zwei Drittel der Wahlberechtigten, und nach 2002 auf unter 60%. Die sinkende Wahlbeteiligung verteilt sich insbesondere auf die jüngeren Jahrgänge. Von bundesweiten Trends² qualitativ abweichende Entwicklungen sind in Bayern nicht auszumachen.

² Vgl. hierzu Horst Kahrs: Abschied aus der Demokratie. Zum sozialen Klassencharakter der wachsenden Wahlenthaltung und der Preisgabe staatsbürgerlicher Rechte, rls-Studien, Berlin 2012; www.rosalux.de oder www.horstkahrs.de

**Tabelle 2: Wahlbeteiligung bei Landtagswahlen in Bayern seit 1996
nach Geschlecht und Altersgruppen in %**

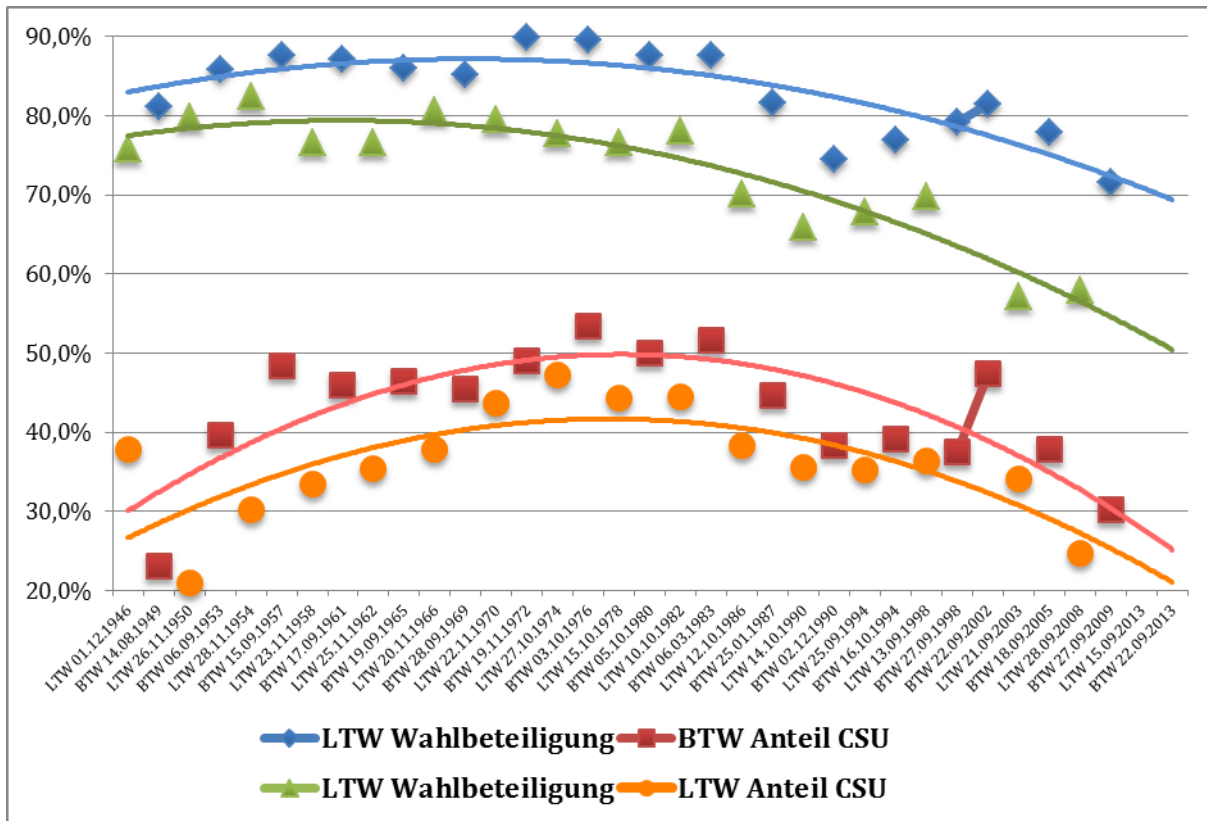
Wahl- jahr ¹⁾	Altersgruppe in Jahren					Zusammen
	18 - 25	25 - 35	35 - 45	45 - 60	60 u. älter	
Männer						
1966	67,3 ²⁾	78,4	86,4	87,3	83,8	82,6
1970	68,4	76	83,9	87,3	84,4	80,9
1974	66,1	71	80,7	85,5	84	78,6
1978	62,4	68,2	77,3	83,2	83,1	76,1
1982	67,8	71,3	78,3	83,9	82,6	77,5
1986	56,1	60,9	68,5	76,2	78,4	69
1990	48	52,8	62,7	70,5	76,2	63,2
1994	49,5	54,9	64,6	72	76	65,2
1998	51,6	55,4	64,7	72,9	77,7	66,6
2003	43,8	46,9	53,2	60,6	71,4	58,2
2008	40,9	43,7	54,8	62,1	72,7	58,8
Frauen						
1966	67,3 ²⁾	76,9	82	82,1	74,2	77,9
1970	66,6	75,8	81,9	82,8	76,4	77,7
1974	63	71,8	79,5	81,2	75,3	75,5
1978	60,6	68,2	77,1	80,1	75,3	73,9
1982	64,6	70,8	78,5	81,8	75,7	75,3
1986	51,6	58,9	67,8	74,1	69,7	66,1
1990	45,1	51,7	61,9	69,1	66,8	61
1994	46,7	53,9	64,8	70,2	66,1	62,6
1998	47,1	55,1	65,1	71	66,9	63,7
2003	40,5	47,2	53,1	60,3	63,7	56,5
2008	39	43	54,6	59,8	64	56,2

¹⁾1966 - 1998 ohne Berücksichtigung von Personen mit Wahlschein. ²⁾ 21 bis unter 25 Jahre.

Quelle: Statistisches Landesamt Bayern, Wahlen und Statistik, Repräsentative Wahlstatistik

Allerdings: In Bayern sinkt die Wahlbeteiligung bei Bundestags- und Landtagswahlen nicht, wie etwa in Nordrhein-Westfalen, im Gleichklang, also einen annähernd gleich bleibenden Abstand von etwa zehn Prozentpunkten während, sondern bei den Landtagswahlen schneller als bei den Bundestagswahlen. Entsprechend sinkt die soziale Verankerung der Parteien unter der Wahlbevölkerung. Für die »Staatspartei CSU« ist diese Entwicklung dramatisch: Konnte sie sich 1974 noch auf fast jede zweiten Wahlberechtigten stützen, war es 2008 nur noch jeder vierte.

Schaubild 2: Wahlbeteiligung an Bundestags- und Landtagswahlen in Bayern seit 1946 und jeweiliger Anteil der CSU-Stimmen an allen Wahlberechtigten (Legitimationsbasis) (in %)



Quelle: Landeswahlleiter; eigene Darstellung 2013

Die im Bayerischen Landtag vertretenen Parteien repräsentierten nach den beiden letzten Landtagswahlen 2003 und 2008 nur noch etwa die Hälfte der wahlberechtigten Bevölkerung (siehe Tabelle 2). Daran änderte auch der Übergang von einem Drei-Parteien-Parlament zu einem Fünf-Parteien-Parlament 2008 nichts. Der Anteil der nicht im Parlament repräsentierten abgegebenen Stimmen sank allerdings von 12% auf 10%.

Neben dem Sinken der Wahlbeteiligung kann der Anstieg der Briefwähler_innen als Hinweis auf eine abnehmende Bedeutung von Demokratie und Politik im Lebensalltag gewertet werden. Der Anteil der per Briefwahl abgegebenen Stimmen stieg in den vergangenen fünf Landtagswahlen von 11,1% in 1986 auf 26,5% in 2008. Mehr als Viertel der Wähler_innen hatte am Wahltag offensichtlich bedeutsamere Dinge zu erledigen.³

Vor dem Hintergrund sinkender Wahlbeteiligung war die Strategie der CSU, den neuen Landtag eine Woche vor dem Bundestag wählen zu lassen, durchaus riskant. Als die Entscheidung fiel, war allerdings nicht absehbar, dass die Union und die FDP in den bundesweiten Umfragen so gut dastanden wie jetzt. Vielmehr musste mit einer rotgrünen Mehrheit, zumindest mit einer entsprechenden Wählermobilisierung gerechnet werden. Ein offener Ausgang bei der Bundestagswahl hätte wahrscheinlich vor allem SPD- und Grünen-Anhänger zur Wahlbeteiligung ermuntert, so dass bei einer gleichzeitig durchgeführten Landtagswahl der relative Anteil der CSU-Wähler gesunken und die Wiedererringung der absoluten Mehrheit in weite Ferne gerückt wäre. Nun allerdings sieht sich die CSU mit einem eher absehbaren Wahlausgang konfrontiert. Eine Mobilisierung des eigenen Lagers gegen einen drohenden rotgrünen Machtwechsel ist angesichts der Umfragezahlen nicht zu erwarten, bleibt also die Frage, ob die CSU wieder allein regieren soll. Das wiederum ist aber zunächst allein eine Frage, die nur die Wähler im eigenen bürgerlichen Lager

3 Nach radikalen wie – das sei unumwunden zugestanden – zugleich idealen Maßstäben des demokratischen Wahlaktes unterläuft die Möglichkeit der Briefwahl die Grundsätze, (1) dass sich die Wahlberechtigten am gleichen Tag auf dem gleichen Informations- und Kenntnisstand entscheiden, (2) dass am Wahltag der Souverän seine »demokratische Gewalt« ausübt, was ein kollektiver und daher öffentlicher Akt ist, für den der Gang ins Wahllokal gilt, (3) dass es an diesem Tag dem Grunde nach für alle nichts Wichtigeres gibt, wodurch ein gemeinsames Band zwischen den Individuen der politischen Gemeinschaft stiftet (würde sich jemand vor das Wahllokal stellen, könnte er dem Grunde nach feststellen, wer sich an den gemeinsamen Angelegenheiten, der Demokratie, beteiligt) und (4) dass die Auszählung der Stimmen öffentlich kontrolliert werden kann. Wer ohne Not auf den Gang ins Wahllokal verzichtet, verabschiedet sich aus dieser kollektiven Öffentlichkeit. Es wäre zu prüfen, ob es nicht einen positiven Zusammenhang zwischen dem Anstieg der Briefwahl und einer (nachfolgend) sinkenden Wahlbeteiligung gibt.

entscheiden in der Wahl zwischen CSU, FDP und FW.

2.2. Die parlamentarische Machtverteilung und ihre Legitimationsbasis in Zahlen

Tabelle 3: Parlamentarische Repräsentation der Wahlbevölkerung im Bayerischen Landtag 1998-2013

	1998	2003	2008
Wahlbeteiligung	69,8%	57,1%	57,9%
parlamentarisch repräsentierte Wahlberechtigte	60,2%	49,5%	51,0%
CSU	52,9%	60,7%	43,4%
SPD	28,7%	19,6%	18,6%
Grüne	5,7%	7,7%	9,4%
Freie Wähler			10,2%
FDP			8,0%
Nicht im Parlament repräsentierte Stimmen für Parteien	12,7%	12,0%	10,4%

*Tabelle 4:
Wählerschaft der Parteien nach Geschlecht*

	Männer	Frauen
CSU	49,2	50,8
SPD	48,5	51,5
GRÜNE	43,8	56,2
FW	51,5	48,5
FDP	55,4	44,6
ödp	39,6	60,4
DIE LINKE	64,1	35,9
NPD	74,1	25,9
Sonstige	61,6	38,4
Insgesamt	50,5	49,5

Quelle: Bayerisches Landesamt für Statistik,
<http://www.wahlen.bayern.de/landtagswahlen/index.php>

Tabelle 4: Zusammensetzung der Wählerschaften der Parteien 2008 nach Alter und Geschlecht in %

Partei	Von 100 gültigen Stimmen für die jeweilige Partei wurden				
	abgegeben von Wählern der Altersgruppe in Jahren				
	18 - 25	25 - 35	35 - 45	45 - 60	60 u. älter
Männer					
CSU	6,3	10,8	17,0	25,1	40,8
SPD	7,2	9,6	16,8	30,6	35,7
GRÜNE	9,6	13,5	27,5	36,7	12,7
FW	6,0	10,3	23,4	35,8	24,5
FDP	7,5	14,8	20,7	29,5	27,5
ödp	8,4	13,2	28,9	33,4	16,1
DIE LINKE	5,1	8,3	17,0	37,1	32,5
NPD	19,0	19,1	19,5	23,7	18,6
Sonstige	9,3	13,2	21,2	31,7	24,5
Zusammen	7,1	11,2	19,2	29,8	32,7
Frauen					
CSU	4,9	9	14,4	23,6	48,1
SPD	6,8	10	16,7	27,7	38,9
GRÜNE	9,7	13,9	28,8	33,6	14
FW	7,1	12	23,5	32,4	25,1
FDP	6,3	13,7	19	30	31,1
ödp	6,7	14,3	32,3	31,8	14,8
DIE LINKE	6,5	10,3	18,4	37,4	27,6
NPD	15,1	16,7	20,6	27,8	19,9
Sonstige	7,5	11,0	22,3	32,2	27,1
Zusammen	6,4	10,7	18,5	27,8	36,6

Quelle: Bayerisches Landesamt für Statistik, <http://www.wahlen.bayern.de/landtagswahlen/index.php>

Von 100 abgegebenen gültigen Stimmen kamen 2008 ganze 18 Stimmen von Wähler_innen, die 35 Jahre alt oder jünger waren, aber fast 35 Stimmen von über 60jährigen. Von den im Parlament vertretenen Parteien haben die Grünen die »jüngste« Wählerschaft und die CSU die mit Abstand älteste. Fast die Hälfte ihrer Stimmen kommt von über 60jährigen.

2.3. Mandate (und Ämter)

Tabelle 6: Mandatsverteilung im Bayerischen Landtag 1998-2013

	1998	2003	2008
CSU	123	124	92
SPD	67	41	39
Grüne	14	15	19
Freie Wähler			21
FDP			16

3. ZUR POLITISCHEN AUSGANGSLAGE UND ZUM WAHLKAMPF

Die CSU kämpft gegen die Niederlage von 2008 um die Wiederherstellung ihres Rufs als unangefochtene «Staatspartei» und um eine erneute Alleinregierung. Insbesondere die ehemaligen Wähler der «Freien Wähler» sind Ziel der CSU-Wahlkampagne. Reicht es wieder nur für eine Koalitionsregierung ohne nennenswerten Aufwärtstrend bei den Stimmen, dürften die politische Karriere von Horst Seehofer sich rasch ihrem Ende zuneigen.

Die SPD hat mit Christian Ude einen landesweit bekannten Spitzenkandidaten, der sich allerdings zwei Patzer in Landeskunde erlaubte. Der Wahlkampf der SPD ist alles andere als ein Wechselwahlkampf, im Grunde geht es nur noch um ein achtbares Ergebnis mit einer »2« vorne für die eine Woche später stattfindende Bundestagswahl.

Spannend dagegen ist der Ausgang der Wahl für FDP und Freie Wähler. Scheitert die FDP, hätte dies wohl eher einen Mobilisierungseffekt für die Bundestagswahl, es ginge aber eine weitere Regierungsbeteiligung verloren und sie könnte als Koalitionspartei in Bayern von den Freien Wähler ersetzt werden, deren Einzug in den Landtag als sicher gilt.

Die Grünen sehen sich mit sinkenden Umfragezahlen konfrontiert und kämpfen gegen deren Sogwirkung: eine Partei, zu sein die ihren Zenit überschritten hat. Frühere Ambitionen auf eine Wachablösung in der Bayerischen Staatsregierung haben sich erledigt.

Für Die Linke gilt auf deutlich niedrigerem Niveau, was für die Grünen gilt: Ein vorzeigbares Ergebnis erzielen, einen Negativtrend stoppen, also zeigen, dass immer noch mehr Wähler zu mobilisieren sind als zu PDS-Zeiten. Eine «drei» vor dem Komma wäre unter den gegebenen Bedingungen und vor den Ergebnissen bei den westdeutschen Landtagswahlen 2012 ein großer Erfolg. Wie niedrig die Erwartungen gehängt sind, zeigte sich nicht zuletzt auf dem Dresdner Parteitag, als den Landtagswahlen in Bayern im Gegensatz zu denjenigen in Hessen kein prominenter Platz eingeräumt wurde.

4. DIE MEINUNGSBILDUNG IM SPIEGEL DER UMFRAGEN

4.1. Die «Sonntagsfrage»

Die Bewertungen der politischen Meinungsbildung in der Bevölkerung durch die beiden Institute Infratest dimap (ARD) und Forschungsgruppe Wahlen (ZDF) weisen eine hohe Übereinstimmung aus. Die CSU liegt stabil in der Nähe der absoluten Mehrheit, die SPD hat leichten Umfrageaufwand und könnte die 20%-Marke überschreiten. Die Grünen befinden sich seit den Sommerferien im Umfragesinkflug, die Freien Wähler konnten sich stabilisieren, gleichwohl finden sich unter ihren Anhängern die meisten befragten Parteianhänger, die angaben, ihre Meinung noch ändern zu können. Die FDP lag zuletzt bei 3-4%, die Linke bei 2-3%, die Piraten wie alle anderen Parteien wurden nicht gesondert ausgewiesen.

Tabelle 6: Die Ergebnisse der »Sonntagsfrage« für die Landtagswahl in Bayern 2013

	Sept	Sept.	Jul	Jan
	ZDF	ARD	ARD	ARD
CSU	48%	47%	47%	47%
SPD	20%	21%	18%	19%
Grüne	10%	11%	15%	14%
Freie Wähler	8%	7%	8%	9%
FDP	4%	3%	3%	3%
Die Linke		3%	3%	2%
Sonstige	10%	8%	6%	

ZDF: Forschungsgruppe Wahlen, Politbarometer Extra; ARD: Infratest Dimap, BayernTrend

4.2. Themen und Probleme

Auf die Frage »Finden Sie, dass die Verhältnisse derzeit in Bayern eher Anlass zur Zuversicht oder eher Anlass zu Beunruhigung geben?« antworteten im Januar wie im September 70% der Befragten, dass sie Anlass zur Zuversicht sehen. Die Grundstimmung der Wahlberechtigten wird daher als zuversichtlich und positiv eingeschätzt. Insgesamt ist die Stimmung im Freistaat *»deutlich positiver als vor der letzten Landtagswahl im Herbst 2008. Diese positive Grundstimmung im Freistaat hängt auch damit zusammen, dass aktuell kein zentrales landespolitisches Thema die Problemagenda dominiert. Das wichtigste Problem in Bayern ist nach wie vor der Bereich Schule und Bildung (24 Prozent, -2), gefolgt von der Familienpolitik (unverändert 17 Prozent) und der Situation am Arbeitsmarkt mit ebenfalls 17 Prozent. Das Themenfeld Arbeitsmarkt wird als weniger dringlich eingeschätzt als im Januar (-5 Prozentpunkte) und der aktuelle Wert von 17 Prozent signalisiert den geringsten Problemdruck seit Ende der 90er Jahre – angesichts der positiven Entwicklung der Beschäftigung hat die CSU im Wahlkampf versprochen, bis 2018 für Vollbeschäftigung zu sorgen. Mit Abstand folgen die Forderung, gegen die weitere Zunahme der sozialen Unterschiede in der Gesellschaft vorzugehen (8 Prozent, -4), die Verkehrsinfrastruktur zu verbessern (unverändert 7 Prozent) und den Schutz der Umwelt zu gewährleisten (7 Prozent, -1).«* (Infratest Dimap, BayernTrend Juli 2013) Die Forschungsgruppe Wahlen kommt zu einer vergleichbaren Einschätzung.

»All die Affären, die Verwandten-Affäre, die Mollath-Affäre, die Modellauto-Affäre (diese Aufzählung ist beileibe nicht vollzählig, siehe etwa die schwelende Banken-Affäre, Anm. HK) – die Bayern nehmen der CSU einfach nichts richtig krumm.«⁴ Affären der Regierungspartei CSU haben in Bayern eine lange Tradition, vor der auch der SPD-Spitzenkandidat Christian Ude resigniert und sich mit dem Bonmot zitieren lässt: »Die Bayern sind keine aufrührerischen Typen, die von der Weltrevolution träumen. Wenn die Revolution machen, dann nur, damit sie hinterher ihre Ruhe haben.«

Die von Horst Seehofer erfundene »PKW-Maut für ausländische Autofahrer« erklärt sich vor diesem Hintergrund: Es reicht nicht aus, den Wählern immer nur zu erzählen, dass Bayern im Vergleich zu allen anderen Ländern des Bundes (fast) überall »top« ist. Es braucht für die Mobilisierung auch ein Thema, das für Aufregung bei den politischen Gegnern sorgt, zugleich Übereinstimmung mit abtrünnig gewordenen Wähler_innen der Freien Wähler herstellt⁵ und zugleich die Sonderstellung des Freistaates ausdrückt. PKW-Maut und Klage gegen den Länderfinanzausgleich sind zwei Seiten der gleichen Bayern-Medaille, die der CSU seit über sechzig Jahren die Regierungsmacht sichert. Gegen die »Stärke Bayerns« verblassen alle oppositionellen Themen.

4.3. Regierung und Regierungswechsel

Die Zufriedenheit mit der Landesregierung und der CSU als Regierungspartei ist recht groß. Deutlich mehr als die Hälfte der Befragten äußern sich positiv. 58% wünschten sich Anfang September eine CSU-geführte Landesregierung, nur 31% eine SPD-geführte. Gefährlich für die CSU und ihre Wahlziele könnte allerdings werden, dass nur 27% der Befragten sagen »Eine CSU-Alleinregierung ist besser für Bayern«, aber 67% eine Koalitionsregierung für besser halten.

Berlin, 12.9.2013

Horst Kahrs, kahrs@rosalux.de

⁴ Reinhard Bingener, Leerfahrt des Sonnenkönigs, FAZ 212, 12.09.2013, S. 3

⁵ Laut BayernTrend vom September teilen vor allem Anhänger der CSU und der Freien Wähler mit bis zu 80% die Seehofer'sche Forderung.

	CSU	SPD	FDP	Grüne	FW	Keiner Partei / weiß nicht
Den Wirtschaftsstandort Bayern sichern	73 74	10 10	3 3	2 3	1 1	10 8
Arbeitsplätze sichern und neue schaffen	58 60	19 18	3 2	3 2	2 1	14 14
Eine gute Haushalts- und Finanzpolitik betreiben	55 58	14 15	4 3	5 3	3 3	18 16
Eine gute Schul- und Bildungspolitik betreiben	41 43	24 22	3 2	8 10	4 3	18 16
Für Familien und eine gute Kinderbetreuung sorgen	37 36	30 28	3 3	11 12	3 4	15 14
Für soziale Gerechtigkeit sorgen	29 29	35 34	2 2	10 9	4 3	16 18
Die Energiewende voranbringen	23 25	8 9	2 1	48 45	2 1	16 16
Die wichtigsten Probleme Bayerns lösen	54 54	14 13	2 1	5 5	3 3	19 20

Frage: Ich nenne Ihnen jetzt einige Probleme, die Bayern betreffen. Bitte sagen Sie mir jeweils, welcher Partei Sie am ehesten zutrauen, dieses Problem in Bayern zu lösen.

Grundgesamtheit: Wahlberechtigte Bevölkerung in Bayern / Angaben in Prozent
Jeweils unterer Wert: Vergleichswert vom Januar 2013
Fehlende Werte zu 100%: Andere Partei / keine Angabe

		Sehr gut / gut	Weniger gut / schlecht	
CSU und FDP	(+9)	40	58	(-9)
CSU und SPD	(-2)	40	59	(+3)
CSU und Grüne	(+3)	40	59	(-1)
CSU-Alleinregierung	(-2)	38	61	(+2)
CSU und Freie Wähler	(-1)	38	58	(+1)
SPD, Grüne und Freie Wähler	(+2)	32	65	(-3)

Frage: Ich nenne Ihnen jetzt einige denkbare Zusammensetzungen der künftigen Staatsregierung. Bitte sagen Sie mir jeweils, ob diese Zusammensetzung für Bayern Ihrer Meinung nach sehr gut, gut, weniger gut oder schlecht wäre.

Grundgesamtheit: Wahlberechtigte Bevölkerung in Bayern / Angaben in Prozent
Angaben in Klammern: Vgl. zum Januar 2013
Fehlende Werte zu 100%: Weiß nicht / keine Angabe